

Rumänien

Gesamteinschätzung

In Rumänien hat mit dem Jahr 2000 die lang erwartete wirtschaftliche Erholung begonnen. Nach drei Rezessionsjahren wurde erstmals ein Wachstum des BIP erzielt, das mit 1,6% zwar noch recht bescheiden ist, aber positive Signale setzt und auf einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten in nahezu allen Bereichen beruht.

Gute Ergebnisse erzielte vor allem die Industrie, deren exportorientierte Branchen dem Sektor zu einem Wachstum von 8,2% verhelfen. Auch die Bauindustrie begann im zweiten Halbjahr vom Aufschwung zu profitieren (+5,4%). Wäre die strukturell bedeutsame Landwirtschaft nicht von einer Dürrekatastrophe heimgesucht worden, die einen Rückgang der Erträge um 14% verursachte und auch die Importseite belastete, so wäre der BIP-Anstieg um einiges deutlicher ausgefallen. Positive Signale kommen auch von der Verwendungsseite, wo die Investitionen anzuziehen beginnen und sich die inländische Nachfrage insgesamt erholt zeigte (+2,4%). Die Bevölkerung konnte von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung noch nicht profitieren. Die Anhebung der Mehrwertsteuer und verschiedener administrierter Tarife haben zusammen mit den Ölpreisstigerungen und den schlechten Wetterbedingungen die Konsumentenpreise um 45,7% in die Höhe getrieben. Die durchschnittlichen realen Nettolöhne gingen damit ein viertes Jahr in Folge zurück.

Die außenwirtschaftliche Position Rumäniens, das noch im Vorjahr von der Zahlungsunfähigkeit bedroht war, erscheint vor dem Hintergrund der Rekord-Ergebnisse im Export (+21,9%) und einer erfolgreichen Rückkehr an die internationalen Kapitalmärkte zunächst als stabilisiert. Allerdings stiegen die Importe mit 25,6% im Jahr 2000 noch stärker als die Exporte, und in den ersten Monaten des Jahres 2001 weitete sich nach den Zollessenkungen gegenüber der EU das Defizit in der Handelsbilanz drastisch aus. Da die Währungsreserven einen Höchststand erreicht haben und die Schuldendienstquote im Jahr 2000 nur bei 17,8% lag, bereitet dies kurzfristig keine Schwierigkeiten. Längerfristig wird jedoch die Einschätzung der rumänischen Wirtschaftspolitik durch das Ausland wieder ein entscheidender Faktor für die Finanzierbarkeit des Haushaltes werden, da sich der Fiskus zunehmend über den internationalen Markt finanzieren will. Trotz einer insgesamt disziplinierten Ausgabenpolitik wurde im Jahr 2000 ein Defizit von 3,7% des BIP erreicht, und erneut die Auslandsverschuldung stieg auf rund 28% des BIP.

Für die Regierungskoalition unter Präsident Vasile kamen die positiven Ergebnisse ihrer Wirtschaftspolitik zu spät. Nach drei Rezessionsjahren in Folge, die einen wachsenden Teil der Bevölkerung in die Armut gedrängt hatten, wandte sich die Wählerschaft wieder den Sozialdemokraten zu, denen sie Ende 1996 das Vertrauen entzogen hatte. Die im November 2000 neu gewählte sozialdemokratische Regierung unter Führung des reformfreudigen Premiers Nastase (PDSR) konnte sich zunächst eine parlamentarische Mehrheit sichern. Ob ein entschlossener Konsolidierungskurs allerdings ausgerechnet mit der Partei zu bewältigen ist, die unter der Präsidentschaft von Ion Iliescu schon einmal etliche verlorene Jahre im Transformationsprozess zu verantworten hatte, ist fraglich. Die guten Ergebnisse des Jahres 2000 könnten darüber hinaus dazu führen, in die alten Fehler zurückzufallen. Einige Maßnahmen im öffentlichen Sektor weisen bereits in diese Richtung. Die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung wäre in diesem Fall gefährdet.

Produktion und Verwendung des BIP

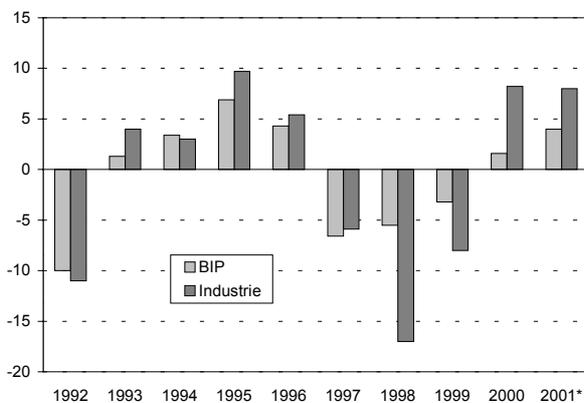
Nach drei Rezessionsjahren in Folge kann Rumänien im Jahr 2000 wieder ein Wachstum verzeichnen, das nach vorläufiger Schätzung des Statistikamtes bei 1,6% des BIP liegt. Schon Ende 1999 hatte sich eine durch die Exportwirtschaft gestützte Trendwende abgezeichnet, und im Verlaufe des Jahres 2000 gewann die Konjunktur noch an Schwung. Als Wachstumsmotor erwiesen sich erneut die Exporte, welche die Produktion in der Industrie stimulierten. Die strukturell bedeutsame Landwirtschaft dagegen musste nach der Dürrekatastrophe des Sommers herbe Einbußen hinnehmen. Auf der Verwendungsseite sind die Signale gemischt: Der Anstieg der lange vernachlässigten Investitionen deutet

in Richtung weiteren Wachstums und eines Ausbaus der Wettbewerbsfähigkeit. Der private Konsum dagegen hat sich immer noch nicht erholt und weist im vierten Jahr in Folge negative Zuwachsraten auf. Die ersten Angaben für das Jahre 2001 zeigen einen fortgesetzt positiven Trend in der ökonomischen Entwicklung.

Der industrielle Sektor kann nach dreijähriger Abwärtsentwicklung eine Trendumkehr auf breiter Basis verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die industrielle Produktion um 8,2%, bei vergleichbarer Anzahl der Arbeitstage sogar um 8,7% zu und zwar in den Grundstoffindustrien um 7% (Bergbau) und 9,4% (Energie) genauso wie in der verarbeitenden Industrie mit einem Zuwachs von 8,2%. Dieser wurde vor allem von den Branchen getragen, die ei-

nen hohen Exportanteil aufweisen. So verzeichnete die im Export dominierende Textilindustrie einen enormen Zuwachs von 53,7%, der Maschinenbau von 28,5% gefolgt von Chemie und Kunstfasern (+24%) sowie metallurgischen Produkten (+22,1%). Auch die Holzverarbeitung, deren Potential in Rumänien lange ungenutzt blieb, stieg durch neu geschaffene Kapazitäten um 12%. Ein Großteil der gesamten Produktion des verarbeitenden Gewerbes ging in den Export. Der höchste Anteil wurde mit 62,6% bei den dauerhaften Konsumgütern erreicht, aber auch bei den Investitionsgütern und den Zwischenprodukten wurden mit 41,3% und 33,7% hohe Exportanteile realisiert.

Reales Wirtschaftswachstum; Veränderung gg. Vorj. in %



* Prognose.

Die Produktion der Landwirtschaft Rumäniens hatte im Jahr 2000 unter der schlimmsten Dürre seit Jahrzehnten zu leiden. Die Produktionszuwächse, die noch im ersten Halbjahr erzielt worden waren, wurden durch die verheerenden Ernteverluste von 20-50% aufgezehrt. Gelitten hat auch die Viehwirtschaft (-3,1%), in der die Tierbestände sowohl im staatlichen, als auch im dominierenden privaten Sektor abgebaut wurden. Besonders stark war der Rückgang in der Schweineproduktion, wo mit der Auflösung von Staatsbetrieben der Viehbestand um 14,5% reduziert wurde. Insgesamt ging die landwirtschaftliche Produktion um mehr als 14% zurück. Da zu wenig Saatgut und Futter eingelagert werden konnte, werden die Folgen der Dürre auch 2001 noch spürbar sein.

Vom Aufschwung profitieren konnte im zweiten Halbjahr der Bausektor, der in den drei vorangegangenen Jahren jeweils Einbußen im zweistelligen Bereich hinnehmen musste. Vor diesem Hintergrund wirkt die Umsatzsteigerung von 5,4% zwar recht bescheiden. Da rund 90% der Nachfrage bereits vom nicht-staatlichen Sektor kamen (wobei die Industrie der Hauptnachfrager war, ist aber davon auszugehen, dass die Impulse der Privatwirtschaft mit zeitlicher Verzögerung wirken und erst 2001 eine echte Belebung für die Bauwirtschaft bringen. Keine Impul-

se gingen vom privaten Wohnungsbau aus. Hier dominiert trotz steuerlicher Anreize der Bau in Eigenregie (gut 70% aller Bauten), der einen Nährboden für die Schattenwirtschaft abgibt und darüber hinaus nicht im Stande ist, die Wohnungsnachfrage im urbanen Bereich abzudecken.

Die Umsätze des Einzelhandels brachen mit der Angleichung der Mehrwertsteuersätze für etliche Grundgüter zu Beginn des Jahres um mehr als zwanzig Prozent ein. Eingeschränkt durch administrierte Preiserhöhungen für Energie und kommunale Dienstleistungen übten die Kunden auch in den folgenden Monaten Zurückhaltung, so dass der Einzelhandel nicht aus seinem Umsatztiefer herausfand und gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 3,8% hinnehmen musste. Offenbar gesättigt ist zunächst der Fahrzeugmarkt, der in den Vorjahren zuverlässige Umsatzzuwächse aufweisen konnte. Hier gingen im Jahr 2000 die Umsätze um ein Drittel zurück.

Auf der Verwendungsseite des BIP zeigen die Investitionen langsam eine erfreulichere Entwicklung als in den Vorjahren. Noch bis Mitte des Jahres konnten kaum Zuwächse verzeichnet werden, aber ab dem dritten Quartal setzte die lang erwartete Erholung ein, und die Bruttoanlageinvestitionen stiegen erstmals seit drei Jahren um rund 5,5% gegenüber dem Vorjahr. Einen ähnlichen Jahresverlauf zeigte der private Konsum. Vor dem Hintergrund der restriktiven Lohnpolitik und der unerwartet hohen Preissteigerungen nahm er im ersten Halbjahr um gut 5% ab, durch die im zweiten Halbjahr ergriffenen sozial- und lohnpolitischen Maßnahmen erholte er sich aber und verzeichnet im Jahresergebnis ein Minus von nunmehr 1,2%. Der Staatsverbrauch war durch Ausgaben im Rahmen der Wahlkampagnen gekennzeichnet, die ebenfalls zum Jahresende zunahmen. Insgesamt beginnt sich die inländische Nachfrage mit einer Zunahme von 2,4% zu beleben, und der große Nachholbedarf an Investitionen wird sich im nächsten Jahr positiv auf die Konjunktur auswirken.

Die Wachstumsprognosen der Regierung für das laufende Jahr 2001 sind mit 4,1% ehrgeizig und basieren auf den positiven Aussichten in Industrie und Bau, die beide um über 5% zulegen sollen. Die Zahlen für das erste Quartal rechtfertigen diesen Optimismus, und es scheint, dass der erwartete Rückgang der Exporte durch die allmählich steigende heimische Nachfrage ausgeglichen werden kann.

Arbeitsmärkte, Soziale Lage

Die Arbeitslosigkeit in Rumänien lag im Dezember mit 10,5% deutlich unter dem Vorjahreswert von 11,6%. Der Tiefstand wurde mit 10,1% im Oktober erreicht, um dann saisonbedingt wieder anzusteigen. Insgesamt scheint in Rumänien jedoch der stetige Zuwachs der Arbeitslosigkeit, der die Jahre seit Transformationsbeginn kennzeichnete, überwunden

zu sein. Als persistent erweist sich jedoch der regionale Charakter der Arbeitslosigkeit. Sie konzentriert sich nach wie vor auf die östlichen Landesteile Botosani, Neamts und Braila sowie auf das zentral gelegene Hunedoara. Diese Regionen sind durch den Niedergang der Schwerindustrie bzw. des Kohlebergbaus gekennzeichnet und weisen durchschnittliche Arbeitslosenquoten von 17-18% auf. Die Struktur der Arbeitslosigkeit droht sich zu verfestigen, wenn nicht entschiedene Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt werden, denn der überwiegende Teil der Arbeitslosen sind mit gut 70% Arbeiter ohne weiterführende Abschlüsse. Nicht einmal ein Zehntel der bei den Arbeitsämtern registrierten und bezahlten Arbeitslosen dieser Kategorie wird über berufliche Fortbildungsmaßnahmen gefördert. Nach wie vor schlecht ist die soziale Absicherung der Arbeitslosen. Zwar erreichte das durchschnittliche Arbeitslosengeld mit rund 810.000 Lei fast 37% des durchschnittlichen Nettolohnes, was eine eindeutige Verbesserung darstellt. Nur 22% der Arbeitslosen sind aber tatsächlich Empfänger von Arbeitslosengeld, fast 40% beziehen die mit durchschnittlich 300.000 Lei weitaus niedrigere Arbeitslosenunterstützung, und ein weiteres Viertel bezieht überhaupt keine Gelder von den Arbeitsämtern. Die Regierung will die Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres unter die 10%-Marke senken und hat zu diesem Zweck mit den fünf größten Gewerkschaften einen Sozialpakt unterzeichnet, in dem diese sich zur Wahrung des sozialen Friedens verpflichten.

Trotz der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich durch die steigende Zahl der Rentner und Pensionäre das Verhältnis von Arbeitslosen und Rentenempfängern zu Erwerbstätigen stetig von rund 1,4 im Jahr 1999 auf 1,6 im Jahr 2000. Auf die Sozialkasse kommen daher in den nächsten Jahren erhebliche Belastungen zu, die zu einem Anstieg der Lohnnebenkosten führen dürften.

Die Lohnpolitik blieb in den ersten drei Quartalen 2000 relativ diszipliniert. Zur Lösung der Schuldenproblematik der Staatsbetriebe wurden im Jahr 2000 in Übereinkunft mit dem IWF die Gehaltserhöhungen dort begrenzt oder ganz ausgesetzt, wodurch sich das Einkommensniveau des staatlichen Sektors gegenüber dem besser zahlenden Privatsektor weiter relativ verschlechterte. Zum Jahresende wurden die Löhne allerdings in den meisten öffentlichen Betrieben und im Bereich der Monopole (Post, Telekom, Energie) wieder angehoben, und zwar um 13-20% über die durchschnittlichen Lohnsteigerungen hinaus. Eine Fortsetzung dieses Kurses zeichnet sich ab: Von der Regierung Nastase ist für das Jahr 2001 eine dreimalige automatische Lohnanhebung für Beschäftigte in Staatsbetrieben vorgesehen, die sich nicht nur an den Wachstumsprognosen, sondern auch an den erwarteten Inflationsraten orientiert. Dies bietet zum einen wenig Anreiz zu Effizienzsteigerungen, zum anderen sind inflationäre Tendenzen nicht auszuschließen, da schätzungsweise ein

Fünftel der insgesamt Beschäftigten in den Genuss dieser Gehaltssteigerungen kommen werden.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Trotz der Wahlen am Jahresende blieb die Haushaltspolitik im Fiskaljahr 2000 diszipliniert. Mit einem Budgetdefizit, das etwa 3,7% des BIP entspricht, wurde die mit dem IWF vereinbarte Marke nur um 0,2 Prozentpunkte verfehlt. Diese Ergebnisse basieren einerseits auf einer Stärkung der Einnahmen durch simple steuerliche Maßnahmen wie der Anhebung der Mehrwertsteuer. Der Anteil der Verbrauchssteuern am Steueraufkommen stieg damit allerdings auf verteilungspolitisch wenig erstrebenswerte 62%. Andererseits zeigte sich auch die disziplinierte Ausgabenpolitik der Regierung Vasile, die den Lohnforderungen des öffentlichen Sektors nicht nachgegeben hatte und den verschuldeten Staatsbetrieben keine Zugeständnisse machte. Die Einnahmen aus der Privatisierung wurden im Jahr 2000 erstmals nicht mehr ins Budget eingestellt. Auch die für 2001 erwarteten Privatisierungseinnahmen von etwa 1% des BIP sollen zum Großteil in einen Nationalen Fonds zur Restrukturierung fließen und stehen für budgetäre Zwecke dann nicht mehr zur Verfügung.

Die Finanzierung des Budgetdefizits erfolgte ausschließlich durch inflationsneutrale Maßnahmen. Die Plazierung der Lei-denominierten Staatsanleihen bereitete teilweise Probleme, da für die Banken die kurzfristigen und mit höheren Zinsen ausgestatteten Tender der Zentralbank attraktiver waren. Auch für den Nicht-Banken-Sektor mussten die Staatspapiere mit hohen Zinsen attraktiv gemacht werden, um mit den Fremdwährungspapieren konkurrieren zu können. Das Finanzministerium erhöhte daher den Zins auf T-Bills im Laufe des Jahres auf gut 50%. Im Oktober kehrte Rumänien mit Erfolg an die internationalen Kapitalmärkte zurück. Der Emission eines dreijährigen Eurobonds mit einer Verzinsung von 11% p.a. im Umfang von 149 Mio. Euro folgte eine weitere Tranche im November über 148 Mio. Euro.

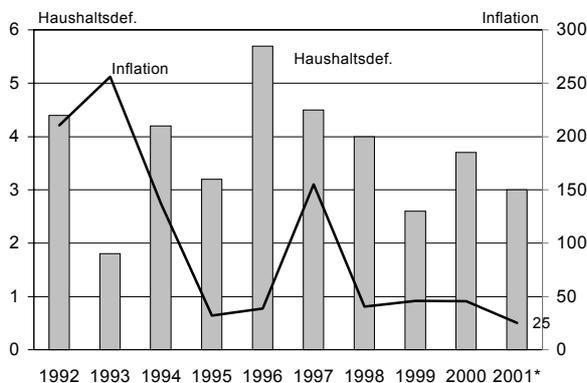
Das erst im April angenommene Budget für das Fiskaljahr 2001 sieht ein Defizit von 3,7% des prognostizierten BIP vor. Den größten Einzelposten auf der Ausgabenseite werden mit 29% des BIP wieder die Rückzahlungen der Staatsschulden ausmachen, gefolgt von 16% für Subventionen, Boni und Transfers. Zu einer verstärkten Besteuerung der Privateinkommen konnte sich die neue Regierung nicht durchringen, entsprechende Pläne wurden zurückgestellt. Auch in Zukunft soll ein Budgetdefizit in einer Größenordnung von über drei Prozent des BIP hingenommen werden, um öffentliche Investitionen durchführen zu können. Nach der erneut erfolgreichen Ausgabe von Eurobonds über 150 Mio. EURO im Januar 2001 ist geplant, zur Deckung des Defizits weitere 700-800 Mio. Euro am internationalen Kapi-

talmarkt aufzunehmen. Jede Lockerung der fiskalischen Disziplin wird daher über erhöhte Risikoaufschläge die Finanzierungskosten in die Höhe treiben.

Inflation und Geldpolitik

Trotz eines restriktiven Kurses in der Geldpolitik wurde das für 2000 geplante Inflationsziel von 27% verfehlt. Bereits zur Jahresmitte wurde der anvisierte Wert überschritten, und im Jahresergebnis musste eine durchschnittliche Teuerungsrate von 40,7% hingenommen werden.

Haushaltsdefizit und Inflation
in % des BIP



* Prognose.

Dabei ist im Gegensatz zu den Vorjahren die inflationäre Entwicklung eher auf die ungünstige Situation auf den Weltenergiemärkten und die katastrophalen klimatischen Bedingungen zurückzuführen, denn auf eine undisziplinierte Geld- oder Fiskalpolitik. So lag schon der Anstieg der Produzentenpreise bei 50,8%. Der Druck ging dabei vor allem von den gestiegenen Preisen für Energie, Treibstoff und Transporte aus. Zum Teil steht hinter dieser Entwicklung die schrittweise vollzogene administrative Anhebung von Tarifen (z.B. für Elektrizität), zum Teil der hohe Weltmarktpreis für Öl im Jahr 2000. Erst Ende des Jahres kam der steigende Lohnkostendruck im öffentlichen Sektor hinzu. Bei den Konsumentenpreisen machten sich zusätzlich die Anhebung der Mehrwertsteuer für etliche Grundgüter und einiger anderer Verbrauchssteuern sowie die hohen Ernteauffälle im zweiten Halbjahr bemerkbar. Die Preise für Nahrungsmittel, die einen großen Teil des Warenkorb repräsentieren, sind dadurch im Jahresdurchschnitt um unerwartete 43,7% gestiegen, im Vorjahr waren es lediglich 27,9%.

Die Wechselkurspolitik war vor dem Hintergrund der hohen monatlichen Inflationsraten im Jahr 2000 einem charakteristischen Zielkonflikt ausgesetzt. Um die Wettbewerbsfähigkeit Rumäniens, das den Großteil seiner Exporte mit der EU abwickelt, nicht zu gefährden, akzeptierte die Nationalbank eine

stärkere nominale Abwertung des Leu als geplant und revidierte den ursprünglich anvisierten Wechselkurs von 20.500 Lei/Dollar im September auf 21.600. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate konnte der reale Wechselkurs zum Dollar im Ergebnis nahezu stabil gehalten werden (-1,1%), gegenüber dem Euro wertete der Leu jedoch um schmerzhaft 16,2% auf. Die Währungsreserven der Zentralbank konnten trotz häufiger Marktinterventionen auf 2,49 Mrd. USD aufgestockt werden.

Die Bankenkrise der letzten Jahre haben das Vertrauen in die heimische Währung offenbar nachhaltig erschüttert; auch im Jahr 2000 mussten zwei Geschäftsbanken Konkurs anmelden. Der im Mai nach der Neubewertung seiner Assets erfolgte Zusammenbruch des Nationalen Investment Fonds löste einen Run auf die beteiligten Banken, u.a. die Handelsbank aus. Das nominale Wachstum der Lei-Komponente innerhalb der Geldmenge M2 blieb entsprechend auch in diesem Jahr hinter dem Zuwachs der ausländischen Komponente zurück. Die Haushalte bevorzugten eindeutig die Anlage ihrer Ersparnisse in Valuta. Im Durchschnitt machten die Fremdwährungseinlagen bereits knapp 40% von M2 aus, im Vorjahr waren es durchschnittlich 37,6%. Insgesamt blieb jedoch das nominale Wachstum von M2 mit 38% unter der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate (40,7%). Die Zentralbank setzte damit ihren restriktiven Kurs fort.

Das Inflationsziel für das laufende Jahr wurde mit 25-27% realistisch bemessen, vorausgesetzt die Budgetplanung bleibt im vorgesehenen Rahmen. Die relativ hohen Preissteigerungsraten der ersten Monate dieses Jahres (3,7% im Januar, weite 2,3% und 2% im März) werden sich im Jahresverlauf abschwächen, da sie in erster Linie auf der saisonbedingten Teuerung der Nahrungsmittel beruhen, die im Warenkorb einen hohen Anteil repräsentieren. Problematisch ist die Bewertung der von der Regierung angekündigten Preiskontrollen wichtiger Grundgüter wie Fleisch, Brot, Milch und Strom, die letztlich nur die offen ausgewiesene Inflation im Rahmen halten, sowie die nicht an Effizienzsteigerungen gebundene Lohnpolitik im öffentlichen Sektor.

Außenwirtschaft

Die Bewertung der außenwirtschaftlichen Position Rumäniens fällt für das Jahr 2000 trotz der Rekordergebnisse im Export und der gelungenen Rückkehr an die internationalen Kapitalmärkte ungünstig aus. Die Leistungsbilanz zeigt im Jahresergebnis ein Defizit von 1,4 Mrd. USD, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg des Defizits um 8% bedeutet.

Diese Entwicklung ist allein auf die Handelsbilanz zurückzuführen. Die Bedingungen für die Exportwirtschaft – hohe Ölpreise und ein schlechter Kurs des Euro im Vergleich zum Dollar – waren im Jahr 2000

für Rumänien nicht optimal. Insofern deuten die sehr guten Ergebnisse im Export mit einem Wachstum von fast 21,9% auf ein Rekordvolumen von 10,3 Mrd. USD darauf hin, dass die Restrukturierungsmaßnahmen der Unternehmen zu greifen beginnen. Damit ergibt sich für das Land ein gewisses Polster, wenn die Nachfrage aus dem EU-Raum nachlassen sollte. Demgegenüber steht jedoch eine äußerst lebhaft entwickelte Entwicklung der Importe, die im Jahr 2000 um 25,5% zulegte und die sich in den ersten Monaten des Jahres 2001 noch dynamischer entwickelten, so dass das Handelsbilanzdefizit auch vor dem Hintergrund der ab Januar 2001 reduzierten Zölle auf EU-Produkte weiter steigen wird.

Nahezu unverändert geblieben sind die Handelsstrukturen Rumäniens. Regional dominierend sind weiterhin die Beziehungen mit der EU—63,8% der Exporte gingen dorthin, und 56,6% der Importe kamen aus der EU. Traditionell wichtigster Handelspartner in diesem Raum war Italien, gefolgt von Deutschland. Die Güterstruktur des Außenhandels ist von der Textilindustrie geprägt, die auf der Importseite hohe Vorleistungen benötigt (18% der Gesamtimporte) und 31,8% der Exporte stellte. Bemerkbar machte sich der hohe Ölpreis, der Rumänien, das ein Drittel seines Stroms mit Wasserkraft erzeugt und einen Teil davon exportiert, in diesem Dürrejahr besonders hart traf. Ebenfalls klimatisch bedingt ist die deutliche Verschlechterung der Exportdeckung bei den Agrarprodukten, da durch die Dürrekatastrophe sowohl der Import von Gemüse um rund 25% gestiegen, als auch der Export um rund 45% zurückgegangen war. Die Belebung der Investitionen spiegelt sich in der Position „Maschinen, Ausrüstung und Transportmittel“ wieder, die mit nahezu 1 Mrd. USD das höchste Defizit auswies. Überschüsse wurden im Handel, wie im Vorjahr, bei Textilien und bei Holz und Holzprodukten erzielt.

Die Dienstleistungsbilanz präsentierte sich besser als im Vorjahr und schloss mit einem Defizit von 238 Mio. USD, rund 43% geringer als im Vorjahr. Getragen wurde diese positive Entwicklung wiederum durch die exportbedingt gestiegenen Transporte und geringere Defizite im Bereich des Business-Tourismus und anderen Dienstleistungen.

Das Niveau der Direktinvestitionen blieb in diesem ökonomisch erfolgreichen Jahr mit 1,02 Mrd. USD enttäuschend niedrig, wobei Deutschland mit Direktinvestitionen in Höhe von 254 Mio. DM eine Spitzenposition einnimmt. Grund für das zögerliche Verhalten der ausländischen Investoren waren Umfragen der KPMG zufolge eindeutig die Wahlen im November, in deren Vorfeld u.a. verstärkt nationalistische und Renaissance-kommunistische Töne zu hören gewesen waren. Die immer wieder geänderten finanziellen Anreize für Auslandskapital dagegen spielen nur eine untergeordnete Rolle bei den Investitionsentscheidungen.

Anders als im realen Sektor konnte Rumänien das Vertrauen der Kapitalmärkte nach längerer Ab-

wesenheit wiedergewinnen. Die internationalen Kapitalmärkte honorierten die disziplinierte Bedienung der Auslandsschulden sowie die durch hohe Exporte und sinkende Rückzahlungsverpflichtungen (nur 2,17 Mrd. USD im Gegensatz zu 3,54 Mrd. USD im Vorjahr) verbesserte Außenposition der rumänischen Wirtschaft, die sich auch im Rückgang der Schuldendienstquote auf 17,9% der Exporte zeigt. Die im Jahr 2000 in Form von Eurobonds begebenen Staatsschuldtitel, konnten gut abgesetzt werden, mit rund 11% Zinsen werden allerdings noch kräftige Risikoaufschläge verlangt. Einige Rating-Agenturen, darunter Fitch-IBCA und Standard&Poors, haben nach längerem Zögern gegen Ende des Jahres für das allgemeine Rating Rumäniens bzw. für die langfristigen Schuldtitel ein Upgrading vorgenommen. Gespannt bleiben die Beziehungen mit dem IWF. Dieser hatte sich nach der Annahme des Budgets im Frühjahr 2000 mit den dort getroffenen Zusagen zufrieden gezeigt und eine weitere Tranche des laufenden Stand-By-Kredites ausgezahlt, der zurückgehaltene Auszahlungen anderer internationaler Kredite gefolgt waren. Mit der neuen Regierung konnte allerdings noch kein Konsens über die makroökonomischen Eckdaten und weitere Reformschritte gefunden werden, so dass weitere Tranchen und damit der Zustrom anderer internationaler Krediten wieder zu stocken drohen. Kurzfristig ist die finanzielle Position Rumäniens vor dem Hintergrund vergleichsweise geringer Zahlungsverpflichtungen im Jahre 2001 (1,427 Mrd. USD) hierdurch nicht bedroht. Es zeichnet sich aber ab, dass das Defizit in der Handelsbilanz im Jahr 2001 wieder wachsen wird. Bereits in den ersten zwei Monaten war es mit 593 Mio. USD signifikant höher als im Vorjahreszeitraum (129 Mio.). Wenn zusätzlich zwei Drittel des Budgetdefizits im Ausland finanziert werden sollen, könnte Rumänien auf längere Sicht die Bedienung seiner Schulden Probleme bereiten.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Die Privatisierung in Rumänien folgt auch im Jahr 2000 dem bekannten Muster – erfolgreiche Privatisierung der Klein- und Mittelunternehmen, schleppende Verfahren im Bereich der großen Betriebe und Monopole. Bei den großen Privatisierungsvorhaben ist man im Jahr 2000 mit Ausnahme der Midia Petrochemie nicht vorangekommen. Dies gilt sowohl im Dienstleistungssektor als auch im industriellen Bereich. So wurden für die Privatisierung der Landwirtschaftsbank und der Handelsbank sowie für den Stahlproduzenten Sidex und die Traktorenfabrik in Brasov von ausländischen Investoren erstzunehmende Angebote unterbreitet, die Termine für die Bietverfahren wurden jedoch immer wieder verschoben. Dies zögerliche Vorgehen rächt sich jetzt, und mit dem Machtwechsel haben sich die Aussichten

auf weitere, schnelle Privatisierungen von Großbetrieben verschlechtert. Eine der ersten organisatorischen Maßnahmen von Premier Nastase betraf den Nationalen Vermögensfonds, der kurzerhand aufgelöst und durch eine der Regierung direkt unterstellte Privatisierungsagentur ersetzt wurde. Diese kündigte umgehend strengere Auflagen für Investoren zur Abmilderung sozialer Härten im Rahmen der Privatisierung an. Darüber hinaus hat die neue Regierung dargelegt, dass sie für potentiell gewinnbringende Unternehmen wie die Sidex das Vorgehen „erst restrukturieren, dann privatisieren“ bevorzugt. Dies könnte den Prozess ins Stocken bringen und etliche große, strategisch bedeutsame Unternehmen drohen längerfristig im Staatsbesitz zu verbleiben. Auch andere laufende Verfahren lassen die Tendenz erkennen, strategischen Großinvestoren aus dem Ausland gegenüber eine eher abwartende Haltung einzunehmen. Andererseits kann von einer generell ablehnenden Haltung Privatbetrieben gegenüber nicht die Rede sein. Die Privatisierung „von unten“ durch Neugründungen ,v.a. im Bereich der Klein- und Mittelunternehmen, wird – auch im Rahmen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - ausdrücklich befürwortet und soll mit den verschiedensten Maßnahmen vorangetrieben werden.

Die Konsolidierung des Bankensektors stockt ebenfalls aufgrund der verzögerten Privatisierung. Auch in diesem Sektor zeigt die neue Regierung das Bestreben, keine Mehrheitsbeteiligungen für strategische Investoren zuzulassen. Eine Kombination aus Großinvestor, Staatseigentum und Streubesitz, wie sie beispielsweise für die größte rumänische Bank, die Handelsbank, vorgesehen ist, löst aber die Governance-Probleme nicht. Der Wettbewerb zwischen den Banken ist noch unbefriedigend. Private Banken konnten zwar im Jahr 2000 bereits 55,7% der Assets

auf sich vereinigen (gegenüber 29% im Jahr 1998), jedoch befinden sich diese Assets fast ausschließlich auf den Konten der sieben ausländischen Kreditinstitute, die in Rumänien operieren. Bei den Einlagen dominiert nach wie vor die flächendeckend operierende staatliche Sparkasse (CEC); deren Restrukturierung und Modernisierung soll nun mit Hilfe von PHARE-Geldern der EU vorangetrieben werden. Um die Vergabe von Krediten zu fördern, wurde im Februar innerhalb der Zentralbank ein Kreditinformationsbüro eingerichtet, welches als zentrale Sammelstelle Daten über das Rückzahlungsverhalten von Schuldnern speichert. Den Geschäftsbanken wird damit die Risikobewertung ihrer Kunden erleichtert, was vor allem die Vergabe langfristiger Kredite positiv beeinflussen dürfte.

Im Dezember 1999 war Rumänien auf dem Helsinki-Gipfel zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der EU eingeladen worden. Als Antwort hierauf legte Mitte des Jahres 2000 die damalige Regierung der Kommission eine mittelfristige Strategie der Wirtschaftsentwicklung vor, die Eckpunkte zur Erfüllung der Beitrittskriterien nannte und von der EU sehr positiv aufgenommen worden war. Der neueste Beitrittsbericht der Europäischen Kommission bescheinigt Rumänien allerdings noch große Defizite bei der Erfüllung der ökonomischen und institutionellen Kriterien. Offiziell stützt sich das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung auf die im Sommer vorgelegte Strategie. Die Realisierung dieses Programms wird aber einmal mehr vom politischen Willen einer Partei abhängen, die sich unter demselben Präsidenten einige Jahre zuvor nicht gerade durch Reformfreudigkeit ausgezeichnet hatte.

MANUELA TROSCHKE

Rumänien

Fläche: 237,5 Tsd. km²; Bevölkerung: 22,48 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. Lei, nom.	109515	249750	370500	521735	772994	.
BIP	Mrd. USD, ¹ nom.	35,5	34,8	41,7	34	35,6	.
BIP, real,	Veränd. gg. Vorj., %	4,1	-6,6	-5,4	-3,2	1,6	4,0
BIP pro Kopf	USD, durchschn. amtl. Wechselkurs	1571	1546	1850	1492	1590	.
	Kaufkraftparität		6318	6050	6139	6125	.
BIP	Index 1989=100	88	82	77	75	76	.
Industrie	Index 1989=100	65	60	50	46	50	.
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj.%	6,3	-7,2	-17	-8	8,2	.
Land- und Forstw.	Veränd. gg. Vorj.%	1,3	3,4	-7,5	4,7	-14	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj.%	3,7	-24,5	-18	-9,6	5,4	.

Rumänien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP ²	36,0	38,6	35,0	39,1	.	.
Land-,Forst-u.Fischereiw.	% des BIP ²	19,1	19,7	17,6	18,5	.	.
Bauwesen	% des BIP ²	6,6	5,7	5,7	5,9	.	.
Dienstleistungen	% des BIP ²	35,3	36,1	41,7	36,5	.	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	52,0	58,0	58,4	61,5	64	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	24,5	33,0	32	31,7	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj., %	4,5	-19,0	-18,1	-10,8	5,5	.
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP ²	19,2	17,6	21,5	20,2	20,7	.
Zufluss von Direktinvest., netto	Mio. USD	210	1224	2031	808	1009	.
Darunter aus Deutschland	Mio. DM	111	153	318	80	254	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, JD	Mio. Personen	9,4	8,9	5,1 ⁶	4,6	4,4	.
in der Industrie	% d. Besch.	24,3	.	43,4	40,9	42	.
im Staatssektor	% d. Besch.
Arbeitslosenquote, JE	%	7,8	8,8	10,3	11,5	10,5	10
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	66,6	103,7 ⁴	48,9 ⁴	45,1 ⁴	38	.
Zinssatz jährlich, JE	% Rediskontsatz	40,3	65,5 ³	37,9	35,0	35	.
Realzins (PPI), JD	% jährl. aufg. Kredite
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	38,8	154,8	59,1	45,8	45,7	25
Konsumgüterpreise (Dez.Dez.)	Veränd. gg. Vorj., %	.	.	40,6	54,8	40,7	.
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	49,9	152,7	33,3	30	47,9	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	53,3	16,9	38,7	44,5	46,9	.
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	4,7	-20,4	-1,3	-0,7	-4	.
Privater Verbrauch, real, lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	6,2	-5,7	-6,0	-4,9	-1,2	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	7,9	-28,8	4,4	-5,0	-3,8	.
Sparquote (brutto) ²	% des verf. Eink.	17,8	11	12	.	.	.
Lebensstandard							
Monatslohn, JE	USD,						
brutto	amtl. Wechselkurs	138	118	169	140	153	.
brutto	Kaufkraftparität	612	719	649	677	705	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn, JE	%	34,6	19,8	23,3	27,3	25,1	.
Altersrente/Durchschn.-lohn, JE	%	.	19,0	22,5	26,2	30,0	.
Haushalte unter der Armutsgrenze	%	19,9	30,8	33,8	41,2	43	.
Öffentliche Haushalte (ZentralHH)							
Einnahmen	Mrd. Lei	18372,8	43834,5	67215,5	93230	120342	.
Ausgaben	Mrd. Lei	23732,0	52896,6	77616,6	106886	149169	.
Budgetsaldo	Mrd. Lei	-5359,2	-9062,1	-10401	-13656	-28827	.
Budgetsaldo	% des BIP	-5,7	-3,6	-3,1	-2,6	-3,7	3,0
öffentl. Verschuldung	% des BIP	24	26,3	24,3	26	37	.

Rumänien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	8085	7756 ³	7596 ³	7668,7 ³	10367	.
Import	Mio. USD	11435	10034 ³	10658 ³	9304,0 ³	13054	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-3350	-2278 ³	-3062 ³	-1653 ³	-2688	.
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	56,8 ³	56,8 ³	64,7 ³	66,0 ³	63,8	.
Deutschland	% der Exporte	18,2	16,9 ³	19,5 ³	17,9 ³	15,7	.
GUS	% der Exporte
Russland	% der Exporte	1,9	3,0 ³	1,0 ³	1,0	1,1	.
CEFTA	% der Exporte	3,3	4,0 ³	5,3 ³	7,0 ³	8,2	..
Import aus							
EU	% der Importe	52,5 ³	52,1 ³	57,6 ³	60,6 ³	56,6	.
Deutschland	% der Importe	16,5	16,4 ³	17,5 ³	17,2 ³	14,7	.
GUS	% der Importe
Russland	% der Importe	13,1	12,2 ³	9,1 ³	6,8 ³	8,6	.
CEFTA	% der Importe	4,5	5,5 ³	9,3 ³	9,0 ³	8,9	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	2902	3147	4062	3900	4894	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	2258	2784	3187	3483	4105	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	644	363	875	417	789	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-2571	-2388	-3010	-1280	-1400	.
Leistungsbilanzsaldo	% des BIP (USD)	-7,2	-7,2	-7,2	-3,9	-3,8	.
Währungsreserven ges..., JE	Mio. USD	3144	4970	3791	3654	4894	.
der Nationalbank, JE		551	2550	1660	1516	2468	.
Wechselkurs, JD	Lei/USD	3083	7173	8849	15334	21692	.
	Lei/Euro		8090	9988	16295	19955	.
Realer Wechselkurs, JD	Veränd. Gg. Vorj., %						.
ggü USD		1,6	-20,9	-2,9	-9	-1,1	.
ggü Euro						16,2	.
Terms of Trade	Index 1990=100
Auslandsverschuldung							
brutto, Dez.	Mio. USD	7208	9584	9205	8200	9917	.
netto, Dez.	Mio. USD	3398	4993	5588	4546	5023	.
Brutto	% des BIP	23,4	26,1	20,8 ⁵	22	28	.
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte						.
Schuldendienstquote	% der Exporte	21,0	25,6	23,6	35,9	17,8	.

* Prognose bzw. Schätzung; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende; ¹ berechnet auf Grundlage der Lei-Werte; ² berechnet auf Grundlage der laufenden Preise des jeweiligen Jahres; ³ Stand: Ende November; ⁴ November-November-Vergleich; ⁵ Stand Ende Oktober ⁶ Umstellung der Berechnungsgrundlage;

Quellen: Nationale Kommission für Statistik CNS; Rumänische Nationalbank BNRo; PlanEcon; Transition Report 2000; Economic Survey of Europe 2000; WIIW; FAZ Länderanalysen; Central European Quarterly; BfAI.